

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Andreas Post nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

1110 17

#### **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Der in der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 14.11.2013 gefasste Beschluss, Nr. G 994, wird in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und ist damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

Herr Weingärtner ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht anwesend.

- siehe Beilage -

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
          send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

1111    17    Beschluss: 17 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2014, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

#### Bekanntgaben und Anfragen

(Tagesordnungspunkt der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 16.01.2014)

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Umfangreiche Baumfällungen am Isarhang

In den letzten Wochen des alten Jahres wurden am Isarhang größere Baumfällungsarbeiten durchgeführt. Es handelt sich dabei um das Grundstück Flur-Nr. 1201, das sich im Besitz des Freistaates Bayern befindet. Zuständig für die Pflege des Grundstücks sind die Bayerischen Staatsforsten, Forstbetrieb Freising.

Für die Fällungen wurde von Frau Reuther, Forstdienststelle Ismaning, folgende Begründung genannt:  
Bei der Fällung handelt es sich in erster Linie um Eschen, die durch das Eschentriebsterben vorgeschädigt waren.

Az.: 1742  
3.1, 3.3

- Der Vorsitzende gibt die Presseinformation des Wasserwirtschaftsamtes München vom 03.01.2014 zur Fertigstellung des neuen Uferweges in Unterföhring bekannt. Um die wiederkehrende Zerstörung des Weges schon bei kleineren Hochwasserabflüssen der Isar künftig zu verhindern, wurde der Weg zwischen Leinthaler Brücke und Poschinger Weiher auf einer Länge von ca. 1,5 km mit einer Regelbreite von 3,50 m auf eine neue, etwas höher gelegene Trasse verlegt.
- Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Bayerischen Akademie für Fernsehen (BAF) vom 08.01.2014 bekannt, in dem sich die BAF bei den Mitgliedern des Gemeinderats für die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Wirtschaftsförderung bedankt.
- Verbesserung der Radwegverbindung von Unterföhring zum Englischen Garten

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Bürgerversammlung am 23.10.2013, in der das Anliegen von Herrn Igor Jünger, Verbesserung der Radwegeverbindung von Unterföhring zum Englischen Garten be-

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

handelt wurde. Daraufhin wurde das Baureferat der Landeshauptstadt München mit dem Schreiben des Zweiten Bürgermeisters vom 30.10.2013 um Überprüfung und Information über eine Veränderung bzw. Optimierung auf der Leinthaler Brücke durch einen Radweg bzw. Bodenmarkierung gebeten. Das Schreiben des Baureferates der Landeshauptstadt München vom 03.12.2013, in dem mitgeteilt wird, dass nach Prüfung des Sachverhalts aus Platzgründen eine bauliche Lösung (Markierung des Radweges) auf der Leinthaler Brücke zum Englischen Garten nicht möglich ist, wird bekannt gegeben.

Az.:  
3.2; 3.1

- Immissionsmessungen im Gemeindegebiet

In der Sitzung des Gemeinderates am 14.03.2013 wurde die TÜV-Süd Industrie Service GmbH, München, mit der Schadstoffmessung an drei Messpunkten im Gemeindegebiet beauftragt. Grundlage des Auftrags waren die Messungen, die im Jahr 2005 an den gleichen Standorten durchgeführt wurden. Durch die neuen Messungen sollen eventuelle Änderungen der Immissionssituation aufgezeigt werden.

Die Messungen werden an folgenden Standorten durchgeführt:

Standort 1: Kindergarten III, Schramelweg 1  
Standort 2: Altes Feuerwehrhaus, Münchner Straße 88 und  
Standort 3: Wohnhaus Dr. Schub, Münchner Str. 21 c

Mit den Messungen wurde am 1. Mai 2013 begonnen. Bisher wurden drei Zwischenberichte erstellt (30.07.2013, 07.10.2013 und 08.01.2014). Abgeschlossen werden die Untersuchungen mit einer vierten Messung im März 2014.

Der Endbericht wird in einer der ersten Sitzungen des neuen Gemeinderates von einem Mitarbeiter der TÜV-Süd Service GmbH vorgestellt.

Az.: 1711  
3.3

Herr Weingärtner tritt um 19.50 Uhr der Sitzung bei.

### Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Fahrten für die Schüler/innen zum Wilhelm-Hausenstein-Gymnasium (Buslinie 188 neu)

Mit Schreiben vom 02.02.2014, gerichtet an den Gemeinderat Unterföhring, stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

„Zur optimalen und verkehrssicheren Erreichbarkeit des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums wird entweder die Buslinie 188 auf die bis Dezember 2013 geltende Strecke zurückgeführt oder zumindest in den Morgenstunden vor Schulbeginn die Verstärkung der Linie 188 mit E-Bussen (=Ergänzungsbussen). Evtl. Zusatzkosten werden von der Landeshauptstadt München und der Gemeinde Unterföhring je zur Hälfte getragen.

#### Begründung:

Nachdem die Fahrtstrecke der Buslinie 188 mit Umstellung auf den Winterfahrplan 2013/2014 zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums geändert wurde, ist eine deutliche Verschlechterung bei der Verkehrssicherheit und bei der Erreichbarkeit der Schule eingetreten. Die Querung der stark befahrenen und breiten Denninger Straße (ohne Sicherung an der Querungsstraße) stellt für einen großen Teil der Schüler/innen ein neu geschaffenes und vollkommen unnötiges Risiko dar. Davon sind nicht nur Nutzer aus Unterföhring, sondern ebenso und vermutlich gleicher Zahl auch Schüler/innen aus Oberföhring betroffen.“

1112 18 Beschluss: 18 : 0

Zur optimalen und verkehrssicheren Erreichbarkeit des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums wird entweder die Buslinie 188 auf die bis Dezember 2013 geltende Strecke zurückgeführt oder zumindest in den Morgenstunden vor Schulbeginn die Verstärkung der Linie 188 mit E-Bussen (=Ergänzungsbussen). Evtl. Zusatzkosten werden von der Landeshauptstadt München und der Gemeinde Unterföhring je zur Hälfte getragen.

Az.: 2044

1, 0, 2

#### **Rahmenplanung Unterföhringer Ortsmitte (UFO) einschließlich ehemaliges BAHOG-Gelände; Vorbereitungen für die geplante Öffentlichkeitsinformation**

Der Bürgermeister erinnert an die Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 17.12.2013, Nrn. 444-445, in dem dem Entwurf der Rahmenplanung für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (u. a. ehemals BAHOG-Gelände), Stand 12.12.2013, mit Anregungen und Hinweisen zugestimmt wurde. In den Entwurf der Rahmenplanung, Stand 12.12.2013, ist, wie bisher vorgesehen, auch eine Nahversorgung von 900 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche mit aufzunehmen. Weiter erinnert der Bürgermeister an den Beschluss des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1020, in dem dem SPD-Antrag zugestimmt wurde, den Flächenbedarf für die Nahversorgung zu Gunsten der Freiflächengestaltung auf maximal 900 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche und die gesamten Gewerbeeinheiten auf maximal 1.200 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zu begrenzen.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Auf die Unterlagen, welche dem Gremium per E-Mail am 07.02.2014 zugesandt wurden, wurde hingewiesen.

Als nächster Schritt ist gemäß dem Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 17.12.2013, Nrn. 444-445, eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Diese kann in der Zeit vom 24.03.2014 bis 09.04.2014 mit einer öffentlichen Zwischeninformationsveranstaltung am 03.04.2014 im Rathaus Unterföhring durchgeführt werden.

In der öffentlichen Zwischeninformationsveranstaltung am 03.04.2014 sind die ersten Planungen/Überlegungen und Datenmaterialien, Stand 13.02.2014, der Öffentlichkeit erstmalig vorzustellen.

1113 18 Beschluss: 18 : 0

Als nächster Schritt ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Diese wird in der Zeit vom 24.03.2014 bis 09.04.2014 mit einer öffentlichen Zwischeninformationsveranstaltung am 03.04.2014 im Rathaus Unterföhring durchgeführt werden.

In der öffentlichen Zwischeninformationsveranstaltung am 03.04.2014 sind die ersten Planungen/Überlegungen und Datenmaterialien, Stand 13.02.2014, der Öffentlichkeit, von den Fachplanern erstmalig vorzustellen.

Dem neuen Gemeinderat sind die Ergebnisse für die weiteren Schritte vorzulegen.

Az.: 6010  
3.1

#### **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 81/13 zur Errichtung eines Hotels mit Handelsflächen, Büro- und Gastronomieflächen an der Dieselstraße; Erneuter Aufstellungsbeschluss und ergänzende Umgriffserweiterung**

Der Bürgermeister erinnert an den Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats vom 11.07.2013, Nr. 1013, in dem der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 81/13 zur Errichtung eines Hotels mit Handelsflächen, Büro- und Gastronomieflächen an der Dieselstraße zugestimmt wurde.

Weiter erinnert der Bürgermeister an den Antrag der Lechner Immo KG, Unterföhring, zum Erwerb eines zwei Meter breiten Streifens aus dem gemeindeeigenen Grundstück Fl.Nr. 239 vom 30.12.2013, da im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung die untere Naturschutzbehörde einen 4,50 m breiten Eingrünungstreifen im nördlichen Bereich des Grundstücks Fl.Nr. 238 fordert.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Gemäß Schreiben des Antragstellers erlaubt die vorgelegte Planung keine weitere Verschmälerung der Handelsflächen, da die in Frage kommenden Betreiber mindestens eine Raumentiefe von 30 m und mehr fordern, um das Warensortiment gemäß ihrer Rasterplanung aufbauen zu können. Diese Mindestraumtiefe von 30 m wird in der derzeitigen Planung mit dem vorgelagerten 2-reihigen Parkbereich dargestellt.

Der Bürgermeister erinnert in diesem Zusammenhang an den Gemeinderatsbeschluss vom 16.01.2014, Nr. G 1020, in dem der amtierende Bürgermeister zu entsprechenden Kaufverhandlungen ermächtigt wurde.

Aus diesem Grund ist die Erweiterung des Bebauungsplanumgriffs um eine Teilfläche (ca. 2,0 m breiter Streifen) des Grundstücks Fl.Nr. 239 TF erforderlich.

1114 18 Beschluss: 18 : 0

Der beantragten Ergänzung der Firma Lechner Immo KG (Vorhabenträger) zur Umgriffserweiterung (um einen ca. 2,0 m breiten Streifen des Grundstücks Fl.Nr. 239/0 TF) des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 81/13 zur Errichtung eines Hotels mit Handelsflächen, Büro- und Gastronomieflächen an der Dieselstraße, Fl.Nrn. 238 (insgesamt 14.523 m²), 238/4, 238/5, 238/6, 238/3 TF, 237/2 TF, 239 TF und 228 TF wird zugestimmt.

Die Ergänzung ist im Auslegungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 i. v. m. § 4 Abs. 2 BauGB zu berücksichtigen.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit der Firma Lechner Immo KG, Unterföhring, zu schließen. Erforderlichenfalls ist der Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern.

Az.: 6010  
3.1

Herr Rott verlässt den Sitzungssaal um 20.20 Uhr.

### **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksge- lände bzw. Kiesverarbeitungsgelände; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksge-  
lände bzw. Kiesverarbeitungsgelände mit Schreiben vom 03.01.2014 um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen, Stand: 05.11.2013, wurden zur Einsichtnahme vorgelegt.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt, die momentan im Änderungsbereich bestehende gewerbliche Nutzung durch kiesverarbeitendes und kiesnahes Gewerbe langfristig in eine generelle gewerbliche Nutzung, als Nachfolgenutzung des Kiesabbaus, zu überführen. Nunmehr soll durch die Darstellung des Gewerbegebiets im Flächennutzungsplan die planungsrechtliche Voraussetzung dafür geschaffen werden, durch spätere verbindliche Bauleitplanung (Aufstellung eines Bebauungsplans) hier steuernd die städtebauliche Entwicklung und Ordnung herzustellen. Dem im Regionalplan als Nachfolgenutzung des Kiesabbaus formulierten Ziel „Biotopentwicklung und Landschaftssee - extensiver Erholung“ für das Vorranggebiet VR 800 kann entgegen gehalten werden, dass es sich bei den bereits vorhandenen gewerblichen Nutzungen um langfristig bzw. unbegrenzt genehmigte Nutzungen handelt. Das Kieswerk ist bis 2015 genehmigt – bei dem langfristig zu erwartenden, weiteren Kiesabbau in unmittelbarem Umfeld, ist eine Verlängerung der Genehmigung anzunehmen. Die Recyclinganlage für Bauschutt ist bis 2022 befristet. Die Asphaltmischanlage ist ohne zeitliche Begrenzung durch das Landratsamt München genehmigt. Gemäß Grundsatz G 2.8.1.3 des Regionalplans soll „...die Verwendung recyclingfähiger Baustoffe und die Errichtung von Bauschutt- und Abbruchaufbereitungsanlagen gefördert werden.“ Demnach wäre auch eine Verlängerung des Bauschuttrecyclings zu erwarten. Die Gemeinde Aschheim geht davon aus, dass eine gewerbliche Nutzung am jetzigen Standort langfristig Bestand haben wird – die Umsetzung der Nachfolgenutzung „Biotopentwicklung und Landschaftssee“ kann also im gegenständlichen Bereich nicht umgesetzt werden. Hinsichtlich des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden wäre eine geordnete Fortführung der bestehenden Nutzung zu befürworten, der Bereich ist bereits baulich technisch erheblich vorgeprägt. Ebenso ist durch die nahe Lage der Kreisstraße M3, verbunden mit dem künftigen Ausbau der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning (BAB 99), eine gute verkehrliche Anbindung an den überörtlichen Verkehr störungsfrei gegeben. Die Zufahrt des künftigen Gewerbegebiets soll von hier aus erfolgen. Den regionalplanerischen Zielen des Grünzugs (Z 4.2.2) kann entgegengehalten werden, dass weder die Gliederung der Siedlungsräume noch die Erholungsvorsorge in Siedlungsgebieten und siedlungsnahen Bereichen bei der zu erwartenden Weiterführung der momentan zulässigen Nutzung umsetzbar ist. Zur Verbesserung des Bioklimas und zur Sicherung eines ausreichenden Luftaustausches trägt der Grünzug im gegenständlichen Bereich nicht entscheidend bei – im neuen Entwurf des Regionalplans (Karte 2: Siedlung und Versorgung - Regionale Grünzüge und Regionaler Biotopverbund, Stand 30.04.2013) ist er nicht als Grünzug mit der prioritären Funktion der Kaltluft- und Frischluftentstehung dargestellt. Den Funktionen des Grünzugs steht somit die Darstellung eines Gewerbegebiets nach Ansicht der Gemeinde Aschheim nicht entgegen. Vielmehr soll durch die jetzt bereits dargestellte umlaufende Eingrünung des Gebiets als auch durch die konkrete Planung im nachgeschalteten Bebauungsplanverfahren mit differenzierten grünordnerischen Festsetzungen den Belangen des Natur- und Umweltschutzes sowie des Landschafts- und Siedlungsbildes Rechnung getragen werden.

#### Bisherige Darstellung

- Fläche für Landwirtschaft 9,90 ha



## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

überlagert durch:

- Fläche für Abgrabung geplant -
- Kieswerke und Bitumenmisch-  
anlage (zeitlich begrenzt mit  
Nachfolgenutzung Erweiterung  
Golfplatz) -

Neue Darstellung

- Gewerbegebiet 8,40 ha  
(als Nachfolgenutzung des  
Kiesabbaus)
- Grünfläche (Eingrünung) 1,50 ha  
9,90 ha

Der Bürgermeister weist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 12.09.2013, Nr. 1022, hin, in dem im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenutzung unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form abgelehnt wurde. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnte der Gemeinderat entschieden ab. Gegen die bestehende Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o. ä.) bestehen keine Einwände.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 08.03.2012, Nr. 755, vom 20.06.2012, Nr. 793, vom 13.09.2012, Nr. 826, und vom 08.11.2012, Nr. 863, hingewiesen, in denen ausdrückliche Einwendungen und Hinweise zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderungsbereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen), der Gemeinde Aschheim vorgebracht wurden.

Im Abwägungsbeschluss der Gemeinde Aschheim vom 05.11.2013 wurde der Beschluss gefasst, dass die verkehrliche Erschließung des Gewerbegebietes dann über die neue Brücke Mühlenstraße / A99 auf Aschheimer Flur zur M3, ebenfalls auf Aschheimer Flur, erfolgen „kann“. Ein Verkehrsgutachten ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich.

1115 17 Beschluss: 17 : 0

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von Gewerbeflächen als Nachfolgenutzung auf dem derzeit bestehenden Kieswerksgelände bzw. Kiesverarbeitungsgelände hält die Gemeinde Unterföhring weiterhin an der Beschlusslage fest und bringt folgende ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vor:

Gegen die bestehende Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte oder erweiterte Nachfolgenut-



## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

zung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt, da im Abwägungsbeschluss der Gemeinde Aschheim vom 05.11.2013 nur eine „Kann“-Erschließung in Aussicht gestellt wurde.

Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten- und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege, in Unterföhring lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab.

Az.: 6010  
3.1; 3.3

Herr Rott kehrt um 20.28 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

1116 18

#### **Antrag der MUC Campus VII GmbH auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49/87 für Teilflächen im Gewerbegebiet an der FeringasträÙe**

Mit Schreiben vom 09.12.2013 und 28.01.2014 beantragt die MUC Campus VII GmbH die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49/87 für Teilflächen im Gewerbegebiet an der FeringasträÙe.

Der erneute Antrag der MUC Campus VII GmbH vom 28.01.2014 beinhaltet anstelle von zwei Gebäuden nunmehr ein Gebäude, in dem eine Nutzung für Studentenwohnungen und Business-Wohnungen anstelle von Gewerbenutzung vorgesehen ist.

Der Antrag der MUC Campus VII GmbH vom 28.01.2014 mit Eckdaten zum Projekt, Erläuterung des Vorhabens, Nutzungskonzept, Planunterlagen und Objektbeschreibung wurde den Gemeinderatsmitgliedern am 07.02.2014 per E-Mail zugestellt.

Das Planungskonzept vom 28.01.2014 sieht ca. 235 mögliche Wohneinheiten/ Appartements (Ziffer 2.2; Nachfrage von Studenten, Auszubildenden und Pendlern-Business-Wohnungen-) vor.

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 17.12.2013, Nr. 465, sowie den Beschluss des Gemeinderates vom 16.01.2014, nach denen der Antrag zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49/87 für Teilflächen im Gewerbegebiet an der FeringasträÙe auf Grund der weitreichenden Entscheidung zurückgestellt wurde.

Durch den Antragsteller wird die Änderung des Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren zur Umnutzung eines Bestandsgebäudes des sog. Oktavian-Geländes von einer Büro- und Verwaltungsnutzung in eine Nutzung für Studentenwohnungen und Business-Wohnungen beantragt.

Für das Grundstück Fl.Nr. 1189/40, an der Münchner Straße 12, welches im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen ist, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 49/87, FeringasträÙe.

Das Grundstück Fl.Nr. 1189/40, Münchner Straße 12, weist eine Grundstücksfläche 5.761 m² und eine GFZ von 1,54 auf.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Auf die verkehrliche Situation an der Münchner Straße wird hingewiesen.

Der Bürgermeister teilt dem Gremium mit, dass der Antragsteller mit Schreiben vom 13.02.2014 seinen Antrag der Projektgesellschaft MUC Campus VII GmbH auf eine teilweise Änderung des Bebauungsplans für Studentisches Wohnen zunächst zurückgezogen hat.

Eine Beschlussfassung ist demnach nicht veranlasst.

#### **Öffentlicher Personennahverkehr; Übernahme der Refinanzierungskosten der Buslinie 188**

Durch Beschluss des Kreistags vom 30.09.2013 wurde der neue Nahverkehrsplan (NVP) für den Landkreis München beschlossen.

Damit werden die Kosten aller Linien, für die der NVP einen Bedarf festgestellt hat, rückwirkend ab dem Jahr 2013 vom Landkreis übernommen.

Die Gemeinde Unterföhring profitiert von dieser Änderung, da nun auch die bisher von der Gemeinde Unterföhring refinanzierten Kosten der Ortsbuslinie 232 (bisher Erprobungsmaßnahme) vom Landkreis übernommen werden.

Eine Ausnahme stellt dahingehend die Buslinie 188 dar.

Der Nahverkehrsplan sieht für die Buslinie 188 lediglich einen Bedarf für die Linienführung bis zum S-Bahnhof Unterföhring. Für die Bedienung in bisheriger Form - bis in den nördlicheren Teil Unterföhrings Haltestelle Fichtenstraße - bestehe kein Bedarf, da hier bereits die nun vollfinanzierte Ortsbuslinie 232 verkehrt.

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss Nr. 1012 aus der Sitzung des Gemeinderates vom 11.07.2013, wonach beschlossen wurde, dass die Buslinie 188 unverändert beibehalten werden soll. Einer Verkürzung nur zum S-Bahnhof (anstatt Fichtenstraße) wurde nicht zugestimmt.

Diese - nach dem NVP nicht notwendige - erweiterte 188-Linienführung müsse daher entweder weiter von der Gemeinde Unterföhring finanziert werden, oder - wenn nicht - könne sich die Gemeinde der Bedarfsfestsetzung des NVP anschließen und die Linie 188 nur bis zum S-Bahnhof fahren lassen.

1117 18 Beschluss: 18 : 0

Es wird an dem Gemeinderatsbeschluss vom 11.07.2013, Nr. 1012, der unveränderten Linienführung der Buslinie 188 festgehalten.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die hierbei anfallenden Refinanzierungszahlungen in Höhe von jährlich 10.135,69 € für die erweiterte Linienführung werden von der Gemeinde übernommen. Die hierfür notwendige Erklärung gegenüber dem Landratsamt ist vorzunehmen.

Az.: 8510

1, 2, 3

### **Öffentliche Straßenbeleuchtung; Sachstand und Handlungsempfehlung**

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2013, Nr. 902, in dem der Verlängerung des Straßenbeleuchtungsvertrages um weitere zwei Jahre bis zum 17.08.2015 mit einer 6-monatigen Kündigungsfrist zugestimmt wurde. Für die vertragliche Vorbereitung zur Übernahme der Straßenbeleuchtung wurde die Rechtsanwaltskanzlei Becker-Büttner-Held (BBH), 81373 München, beauftragt. Für die technische Aufbereitung wurde das Ingenieurbüro Rönitzsch GmbH, 01737 Tharandt b. Dresden, beauftragt.

Am 10.09.2013 wurde durch die Kanzlei BBH, zusammen mit der ILB Dr. Rönitzsch GmbH der Statusbericht zur Situation der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Unterföhring vorgestellt. Die technisch-wirtschaftliche Analyse der Ist-Situation hat ergeben, dass sowohl die Betriebsführung und die Instandhaltung als auch die Investitions- bzw. Erneuerungsmaßnahmen in den Anlagenbestand der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Vergangenheit verhältnismäßig gut gewesen sind. Die öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen im Gemeindegebiet befinden sich daher – insbesondere im Vergleich zu anderen Kommunen im Münchener Umland – in einem sehr ordentlichen Zustand. Vor diesem Hintergrund wurden durch die Kanzlei BBH die Handlungsalternativen der Gemeinde Unterföhring zur Organisation der Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung und die damit jeweils verbunden Vor- und Nachteile mit Schreiben vom 16.12.2013 kurz dargestellt.

Der Vorsitzende gibt das Schreiben vom 16.12.2013 von der Kanzlei BBH bekannt.

In der Gemeinderatsvorunterrichtung am 10.02.2014 erläutern die Rechtsanwälte, Herrn Franke und Herr Glattfeld von der Kanzlei BBH, die Sachlage.

Bei der Beurteilung der möglichen Handlungsalternativen ist von folgendem Sachverhalt auszugehen. Die E.ON Bayern AG (im Folgenden: E.ON) ist Eigentümerin und Betreiberin des Stromverteilnetzes im Gemeindegebiet von Unterföhring. Der entsprechende Stromkonzessionsvertrag datiert vom 07.02.2007 kann erstmals mit Wirkung zum 18.08.2018 gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt 2 Jahre, so dass dieser zum 18.08.2016 gekündigt werden müsste; ansonsten verlängert sich dieser um weitere 5 Jahre. Darüber hinaus befinden sich die öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen fast vollständig, sowie das Straßenbeleuchtungsnetz, im Eigentum der E.ON.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Diese ist aufgrund der vereinbarten Vertragsverlängerung auch weiterhin - bis zum 17.08.2015 – Eigentümerin und Betreiberin der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlagen und des Straßenbeleuchtungsnetzes. Die Kündigungsfrist des Straßenbeleuchtungsvertrages beträgt 6 Monate, so dass dieser zum 17.02.2015 gekündigt werden müsste; ansonsten verlängert sich auch dieser um weitere 5 Jahre.

Aufgrund der Erfahrungen der Kanzlei BBH und der kurz dargestellten Vor- und Nachteile wird folgendes empfohlen:

Durch den zeitlichen Aufschub der Neuorganisation der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf Ende 2018 und den sodann für die nächsten 10 bis 20 Jahre feststehenden neuen Stromkonzessionär können - Stand heute - viele Kostenpositionen eingespart werden.

Im Ergebnis wird daher vorgeschlagen, (1.) zuerst die Stromkonzession im Gemeindegebiet von Unterföhring zu vergeben und erst danach (2.) das Anlageeigentum Straßenbeleuchtung zurück in kommunales Eigentum zu überführen, um im Anschluss - im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens - (3.) sowohl für das unterirdische Straßenbeleuchtungsnetz (Tiefbau) als auch für die oberirdischen Straßenbeleuchtungsanlagen den wirtschaftlichsten Anbieter auszuwählen.

1118 18 Beschluss: 18 : 0

Der Handlungsempfehlung der Rechtsanwälte BBH wird entsprechend gefolgt, die Laufzeit des Straßenbeleuchtungsvertrages bis spätestens 31.03.2019 (angelehnt an die Vertragslaufzeit des Stromkonzessionsvertrages August 2013) zu verlängern.

Im Vorfeld zur Übernahme der Straßenbeleuchtung wird die Verwaltung beauftragt, den Stromkonzessionsvertrag mit Wirkung zum 18.08.2018 zu kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre, so dass dieser zum 18.08.2016 zu kündigen ist. Im gleichen Zeitraum ist die Vergabe der Stromkonzession auszuschreiben. Danach ist zu prüfen, ob das Anlageeigentum der Straßenbeleuchtung in kommunales Eigentum zu überführen ist, um im Anschluss im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens sowohl für das unterirdische Straßenbeleuchtungsnetz (Tiefbau) als auch für die oberirdischen Straßenbeleuchtungsanlagen den wirtschaftlichsten Anbieter auszuwählen.

Az.: 5210  
3.2; 3.1; 2.1

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### **Schulerweiterung Grundschule Unterföhring; Sachstand und Kostenbericht**

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates seit 14.10.2010, Nr. 512, und des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses seit 28.09.2010, Nr. 302, in Erinnerung.

#### **Sachstand:**

Folgende Gewerke wurden bereits fertiggestellt:

- Erdarbeiten:  
Adolf Huber GmbH, 85737 Ismaning
- Trafostation:  
SAG GmbH, 84030 Ergolding
- Zimmererarbeiten:  
Bauunternehmung Hubert Schmid, 87616 Marktoberdorf
- Brunnenbau:  
Georg Mayer Spezialtiefbau GmbH, 83135 Schechen
- Putzarbeiten:  
Löwenbau GmbH, 83714 Miesbach
- Stahl- und Metallbauarbeiten (Brücke): Spyra Stahl GmbH, 83104 Tuntenhausen-Ostermünchen
- Estricharbeiten:  
KFK Estrichbau GmbH, 04860 Torgau

Zwischenzeitlich haben folgende weitere Firmen bzw. Gewerke ihre Arbeiten für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring aufgenommen:

- Blitzschutzanlage:  
Fritz Hofmann, 90431 Nürnberg
- Aufzug:  
KONE GmbH Aufzüge und Rolltreppen, 82110 Germering
- Fassaden- und Fensterbauarbeiten:  
REIKI Stahl- und Metallbau GmbH, 94315 Straubing
- Sanitär:  
Manfred Himmelreich GmbH + Co., 81829 München
- Heizung:  
G & W Group GmbH, 85716 Unterschleißheim
- Lüftung:  
Gebrüder Peters Gebäudetechnik GmbH, 85055 Ingolstadt
- Dämmung:  
B.B. PETRONESCU, 84095 Furth
- Elektroinstallation:  
Elektro-Netzwerk Ramsauer e. K., 84149 Velden
- Photovoltaikanlage:  
Hörmann GmbH Energie- und Gebäudetechnik, 83646 Bad Tölz
- Kühlräume und Kleinkältetechnik:  
Doster GmbH, 72622 Nürtingen

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Schlosserarbeiten:  
A.F.F.T. GmbH, 36404 Vacha-Oberzella
- Trockenbauarbeiten:  
Gruber Innenausbau- Holzbau GmbH, 92444 Rötz
- Geschliffener Monolithbeton:  
R. Bayer Betonwerkstein GmbH, 89143 Blaubeuren
- Fliesenarbeiten:  
Fliesen Schwimmer e. K., 84036 Landshut
- Gießharzbeschichtung:  
ERCAN Bautenschutz GmbH, 71549 Auenwald
- Schreinerarbeiten:  
Fitz Interior GmbH, 86690 Mertingen

Für folgende Gewerke wurde bereits die Vergabe beschlossen und werden nach Ablauf der Informationsfrist nach § 101a GWB an folgende Firmen vergeben:

- Schulsporthallen:  
Kneitschel GmbH & Co. KG, 91598 Colmberg
- Bodenbelagsarbeiten:  
Holschbach Fußbodentechnik, Dieter Holschbach GmbH, 515987 Morsbach (Sieg)
- Maler- und Lackierarbeiten:  
Malerbetrieb Markus Nuyken, 86156 Augsburg

#### Küchenbodenbelag:

Das Gewerk Bodenbelag wurde am 15.11.2013 im Amtsblatt der europäischen Union öffentlich ausgeschrieben. Insgesamt drei Bewerber haben die Angebotsunterlagen angefordert. Angebote zur Submission am 20.12.2013 wurden nicht eingereicht. Das Ausschreibungsverfahren war erfolglos. Das Gewerk Küchenbodenbelag wurde unter Anwendung des § 3 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A am 04.02.2014 beschränkt an fachlich geeignete Firmen ausgeschrieben. Die Angebotsöffnung findet am 18.02.2014 statt.

#### Dachabdichtungsarbeiten:

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 20.06.2013, Nr. G930, in Erinnerung.

Die Arbeiten wurden am 05.08.2013 aufgenommen. Die Ausführung war für den Zeitraum 25.07.2013 bis 11.09.2013 vertraglich vereinbart. Aufgrund fehlender Vorleistungen anderer Gewerke wurden Behinderungen angezeigt, durch Gegenmaßnahmen der Bauleitung in vertretbarem Maß abgestellt. Mit Mahnschreiben vom 24.10.2013 und Verzugsschreiben vom 11.12.2013 sowie zahlreichem Schriftwechsel mit der ausführenden Firma wurden sowohl Ausführungsfristen angemahnt als auch, seit Oktober 2013, Mängel und Schäden angezeigt.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Auf Grund fehlender Vorleistung des Gewerks Dachabdichtungsarbeiten, konnte die im Zeitraum 01.10.2013 bis 29.11.2013 zu errichtende Photovoltaikanlage bis heute nicht errichtet werden. Seitens der ausführenden Firma wurden sowohl die vertraglich geschuldeten Termine als auch die angezeigten Mängel dementiert. Aus diesem Grund wurde die Leistung des Gewerks Dachabdichtungsarbeiten mit Schreiben vom 13.01.2014 gekündigt.

Die Gemeinde Unterföhring wird durch Herrn Rechtsanwalt Roland Schmidt, Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München, juristisch beraten und vertreten.

#### Baumeisterarbeiten und Sichtbeton

Die Baumeisterarbeiten für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring wurden am 19.11.2013 durch die Firma Berger Bau GmbH, Passau, aufgenommen. Die Firma Berger Bau GmbH hat die Abnahme der Arbeiten und somit Fertigstellung des Gewerks Baumeisterarbeiten für Februar 2014 angekündigt. Restarbeiten und Mangelbeseitigung (Fassade) können witterungsbedingt erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden.

Durch die Firma Berger Bau GmbH, Passau, liegen derzeit noch nicht gewertete und in Prüfung befindliche Nachträge in Höhe von 113.216,84 € brutto vor.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 17.12.2013, Nr. G429, wurde ein Sachstandsbericht zum Gutachten des Bausachverständigen Joachim Schulz, Berlin, abgegeben. Nach Zusammenfassung des Gutachtens erfüllt der Sichtbeton nicht die Beschaffenheitsvereinbarung und stellt somit einen Mangel dar. Die Flächen wurden geschätzt auf 1/3 erfüllt, 2/3 nicht erfüllt. Die Ingenieurgesellschaft Schulz, Berlin, wurde beauftragt, das erforderliche Sanierungskonzept einschließlich anfallender Kosten zu erstellen. Das Büro Ingenieurgesellschaft Schulz, Berlin, erstellt in Zusammenarbeit mit der Firma Betonretusche UG, Freising, ein verbindliches Sanierungskonzept mit Kosten.

Über den weiteren Verlauf werden die Gremien entsprechend informiert.

#### Termine

- Außenanlagen ab April 2014
- Fertigstellung nach derzeitigem Bautenstand 27.06.2014

#### Kostenbericht:

Nach Fortschreibung der Kostenberechnung entsprechend der vorliegenden Beschlüssen zu den Festlegungen der Ausstattungen und Materialitäten belaufen sich die Baukosten ohne Planungskosten derzeit auf 12.242.295,94 € brutto. Die Kostenverfolgung, Stand 06.02.2014, wurde dem Gremium gestellt.



## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Auftragsstand inklusive aller bisherigen Nachträge zum 06.02.2014 beträgt 10.818.583,97 € brutto und entspricht 106,41 % des für die Gewerke vorgesehenen Budgets der Kostenberechnung. Durch Änderung in der Zuordnung der einzelnen Leistungen zu den einzelnen Gewerken während der Ausführungsplanung erfolgt eine Änderung der Gewerkebudgets. Die Überschreitungen sind in den Zuständigkeiten der jeweiligen Fachplaner bis zur Abrechnung zu kompensieren. Der Zahlstand zur Auftragssumme der Baukosten (06.02.2014) beträgt 5.805.265,94 € brutto.

1119 18 Beschluss: 18 : 0

Der Sachstands- und Kostenbericht ohne Planungskosten, Stand 06.02.2014, für die Schulerweiterung Grundschule Unterföhring wird zur Kenntnis genommen.

Die Planungsbeteiligten werden weiter angewiesen, entsprechende Vorschläge zur Einhaltung des Kostenrahmens vorzulegen. Insbesondere bei den vorliegenden hohen Kostenüberschreitungen bei den Gewerken HLS. Hier ist zu prüfen, ob die abschließenden Kosten begründet und nicht vorhersehbar waren.

Az.: 621  
3.1; 2.0

#### **Antrag des Musikgartens Unterföhring auf Förderung; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 13.09.2012, Nr. 833 sowie vom 12.09.2013, Nr. 1034.

Nach umfangreicher Vorprüfung des Sachverhalts unter Einbindung der Kommunalaufsicht des Landratsamtes München, Herrn Weber, wurde folgendes zum Sachverhalt mitgeteilt.

Die Pflege und Förderung des kulturellen Lebens ist eine staatliche Aufgabe (nach der Bayerischen Verfassung). Förderfähig durch die Gemeinde sind hierbei jedoch ausschließlich solche Bereiche (hier Sing- und Musikschulkurse etc.), die durch Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger genutzt bzw. belegt werden. Im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes muss somit grundsätzlich jeder Anbieter gleichermaßen gefördert werden, unabhängig von der Rechtsform.

Einen konkreten Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde haben jedoch weder der Musikgarten noch die Musikschule, da es sich im Bereich der Kulturpflege um keine gemeindliche Pflichtaufgabe handelt.

Mit Schreiben per Email vom 29.10.2013 (Eingang am 29.10.2013) sowie mit Ergänzung per Email vom 05.11.2013 (Eingang am 05.11.2013) erreichte die Gemeindeverwaltung die juristische Beurteilung des Sachverhaltes durch die Kanzlei Becker Büttner Held.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Hierin wird primär auf drei grundlegende Aspekte eingegangen.  
Die Förderung von Kultur (und Sport) wird in der Bayerischen Verfassung den Gemeinden übertragen. Besonderes Augenmerk ist hierbei immer darauf zu legen, dass die Förderung im Schwerpunkt den Einwohnern der Gemeinde zu Gute kommt.

Weiter hat eine Gemeinde selbstverständlich das Recht, über verschiedene Förderziele verschieden zu entscheiden.

Wichtig ist hier jedoch immer, dass wenn eine freiwillige Förderung in bestimmten Kultur- oder Sporteinrichtungen oder -veranstaltungen erfolgt, immer der in Art. 3 Abs. 1 GG vorgegebene Grundsatz der Gleichbehandlung eingehalten wird. Verfolgen verschiedene Antragsteller den gleichen Zweck, so sind sie grundsätzlich gleich zu behandeln.

1120 18 Beschluss: 18 : 0

Dem Antrag, auch den Musikgarten Unterföhring, zur Pflege und Förderung des kulturellen Lebens im Rahmen der freiwilligen Aufgabenerfüllung und unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes grundsätzlich zu fördern, wird zugestimmt.

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, baldmöglichst gemeindliche Förderlinien aufzustellen und diese dem Gremium erneut vorzulegen.

Az.: 3120  
0.1; 2.0

### **Bekanntgaben und Anfragen**

Der Vorsitzende gibt folgendes bekannt:

- Der Bürgermeister berichtet, dass sich die Bürger in Unterföhring für die 50,00 € Weihnachtsbeihilfe vielfach bei ihm bedankt haben. Diesen Dank übermittelt er an den Gemeinderat.
- Wie vom Gemeinderat am 12.12.2013 beschlossen, wurde die Spende für die philippinischen Opfer des Taifuns Haiyan in Höhe von 20.000 € in zwei 10.000 € Spenden aufgeteilt. Bedacht wurden die Organisation "Ärzte ohne Grenzen" und "Aktion Deutschland Hilfe e. V.". Seitens der Organisation "Ärzte ohne Grenzen" wurde der Gemeinde mitgeteilt, dass die zweckgebundene Spende nicht mehr angenommen werden kann. Es sind hier deutlich mehr Spendenmittel eingegangen, als benötigt wurden.  
Die Verwaltung wartet den Geldrückgang ab und leitet die Spende an eine ähnliche Organisation mit gleicher Zielsetzung weiter.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Herr Reimund Bauer bedankt sich stellvertretend für die Blaskapelle Unterföhring mit Schreiben vom 21.01.2014 für die Teilnahme am Jubiläumskonzert "25 Jahre Blaskapelle Unterföhring" am 18.01.2013 in der Schulaula sowie für die Urkunde, den schönen Löwen und den Zuschuss für die Vereinskasse.
- Mit Schreiben vom 30.01.2014 bedankt sich Herr Peischl (TSV) für die Änderung der Nutzungsgebühren für die Turnhalle.
- Beteiligung der Gemeinde Unterföhring am Klimaschutzkonzept des Landkreises München; Antrag Herr Zehetmair in der Gemeinderatssitzung vom 16.01.2014

Das Klimaschutzkonzept der Gemeinde wurde in der Januarsitzung des Gemeinderates am 16.01.2014 besprochen und beschlossen. Der Gemeinderat folgte damit dem Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 12.11.2013. Zur Erinnerung sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die beschlossenen Handlungsfelder in zwei Bürgerforen erarbeitet wurden.

In der Gemeinderatssitzung stellte Herr Gemeinderat Zehetmair den Antrag, dass als Ergänzung des Klimaschutzkonzeptes ein neues Handlungsfeld „Wasser“ aufgenommen werden soll.

Beschluss:

„Den Empfehlungsbeschlüssen des Umwelt- und Energieausschusses vom 12.11.2013 zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in der Gemeinde Unterföhring wird hiermit zugestimmt. Folgende Ergänzungen sollten dabei berücksichtigt werden:

Es ist ein Handlungsfeld „Wasser“ mit in das Klimaschutzkonzept aufzunehmen. Dieses Handlungsfeld „Wasser“ soll u. a. folgende Punkte enthalten:

- Förderung des Einbaus von Wasserzisternen,
- Schonender Umgang mit Trink- und Brauchwasser (Handlungsempfehlungen ausarbeiten).

Da die Neuaufnahme eines Handlungsfeldes in das Klimaschutzkonzept mit dem Landratsamt München abgesprochen werden muss, wurde das Landratsamt um Stellungnahme zu dem Antrag gebeten.

In dem Antwortschreiben des Landratsamtes München vom 24.01.2014 wurde darauf verwiesen, dass das Klimaschutzkonzept in der vorgelegten Fassung als fertig zu betrachten sei und keine Änderungen mehr aufgenommen werden könnten. Diese Fassung sei mittlerweile fertiggestellt und gedruckt und werde in Kürze an den Projektträger Jülich geschickt, um die Fördergelder zu beantragen.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Das Landratsamt weist weiter darauf hin, dass es eine Möglichkeit wäre, für das Handlungsfeld „Wasser“ ein gemeindliches Förderprogramm aufzulegen bzw. es in das Energiesparförderprogramm zu integrieren.

Die Gemeinde schließt sich den Empfehlungen des Landratsamtes an. Das weitere Vorgehen und die Umsetzung des Antrags werden daher Aufgabe des neuen Umwelt- und Energieausschusses.

Az.: 1711  
3.1, 3.3

- Gemeindeeigenes Grundstück in der Isarau an der Dammstraße, Lagerung von Erdmaterial

Gemeinderat Kemmelmeyer fragte in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 28.01.2014 an, woher die „Erdhügel“ auf dem gemeindeeigenen Grundstück in der Isarau an der Dammstraße stammen sowie warum die Umlaufsperre nicht vorhanden ist. Bezüglich der Umlaufsperre wurde mitgeteilt, dass diese vom Bauhof auf Grund des Winterdienstes während dieser Zeit entfernt wird.

Das gemeindeeigene Grundstück in der Isarau an der Dammstraße wurde im Zuge der Baumaßnahme „Straßensanierung Isarau“ 2011/2012 aufgekiest und als Lagerfläche für Baumaterial genutzt. Momentan wird auf der Fläche Erdmaterial von der Baumaßnahme „Staffelberg“ gelagert. Nach Fertigstellung der Baumaßnahme im Frühjahr 2014 erfolgt der Rückbau der aufgekiesten Fläche. Es wird ein Wiederandecken mit Humus und anschließender Wiederansaat durchgeführt.

Az.: 631  
3.2

- Schülertransfer von Unterföhring zum Werner-Heisenberg-Gymnasium in Garching

Herr Vogel (Busunternehmer) hat den Buseinsatz zu Gunsten der Gemeinde Unterföhring umgestellt und den bisher bei uns im Einsatz befindlichen Gelenkbus in Ismaning eingesetzt. Diese Umstellung ist bis auf weiteres zunächst nur für die Wintermonate vorgesehen, da der Bedarf in den Sommermonaten (erfahrungsgemäß) nicht gegeben ist.

Die beiden Busse teilen sich auf die Bushaltestellen in Unterföhring auf, damit die bisherigen Abfahrtszeiten aufrechterhalten werden können.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Verwaltung beobachtet diese Umstellung - zusammen mit der Fa. Vogel -, um im Bedarfsfall kleinere Korrekturen vornehmen zu können.

An dieser Stelle darf insbesondere auf die kooperative Zusammenarbeit mit der Fa. Vogel hingewiesen werden, die die Umstellung auf unseren expliziten Wunsch vornimmt; die Fa. Vogel hofft, hiermit die (eigentlich gute) Transportsituation so zu optimieren, dass sich die Anlässe für Beschwerden reduzieren lassen.

Az.: 241  
1, 2, 0

- Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße; Nutzungsänderung im Erdgeschoss und Erstellung von zusätzlichen Räumen im Untergeschoss

Auf Grund der geplanten Änderung der ZBV-Räume in Schlafräume wurde durch die Verwaltung eine Nutzungsänderung beim Landratsamt München beantragt.

Das Landratsamt München teile mit Schreiben vom 24.01.2014 mit, dass diese Maßnahme nach Art. 55 der Bayer. Bauordnung genehmigungspflichtig ist und gibt zu bedenken, dass hier brandschutzmäßige Belange tangiert werden können. Durch das Landratsamt München wird daher eine Prüfung und ggf. Genehmigung der geplanten Änderungen in einem Bauantragsgenehmigungsverfahren empfohlen.

Das Schreiben des Landratsamts München vom 24.01.2014 wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 621/1  
3.4, 3.1, 2.0

- Der Vorsitzende verliest den Brief von Herrn Manfred Schaller vom 08.02.2014. In diesem wird auf das Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Herrn Franz Schwarz wegen Verursachung von unzulässigem Lärm nach § 117 OWiG hingewiesen.
- Austausch von Hochspannungsmasten am Etzweg (Geh- und Radweg neben M3) und Bahnweg bei Einmündung Dieselstraße

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass ab dem 17.02.2014 durch die Firma GA Hochspannung Leitungsbau, 75015 Bretten, im Auftrag der Deutschen Bahn AG, im Gemeindegebiet die Hochspannungsmasten ausgetauscht werden.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Von den Austauschmaßnahmen betroffen sind:

1. Etzweg (Geh- und Radweg neben M3)
2. Bahnweg (bei Einmündung Dieselstraße)

Az.: 1402  
3.2; 3.1

- Bisherige Leistungen der Gemeinde an den Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e. V. (FSD)

Wegen der Berichterstattung im Münchner Merkur zur vom Gemeinderat im November 2013 abgelehnten Förderung des FSD und dem Leserbrief von Gertrud Mörike, veröffentlicht im Merkur am 8. Februar 2014, sieht sich die Verwaltung veranlasst aufzuzeigen, dass der FSD gefördert wird, wie alle übrigen Vereine in der Gemeinde auch.

Unter anderem bezahlt die Gemeinde den üblichen Mitgliedsbeitrag von 110 Euro jährlich, der an alle Vereine geht, bei denen die Gemeinde Mitglied ist – unabhängig von der Mitgliederzahl.

Hier handelt es sich auch nicht um einen jährlichen Förderbeitrag, wie im Brief von Frau Mörike geäußert.

Der FSD erhält – wie die übrigen Vereine – eine alljährliche Weihnachtsspende von 100 Euro. Für die Besuchsdienste seit 2011 gibt es eine Aufwandsentschädigung, Fahrten nach Tarcento wurden unterstützt.

Seit dem Jahr 2004 hat die Gemeinde Unterföhring den FSD so mit insgesamt rund 20.450 Euro gefördert.

Nach der Musikschule ist der FSD der Verein mit dem größten Büro im Bürgerhaus, das er noch dazu – im Gegensatz zu anderen Vereinen – alleine nutzen kann. Kostenneutral für den Verein.

Aus der Thematik mit dem Musikgarten wissen wir nun, dass grundsätzlich alle Bereiche gefördert werden können, die von Unterföhringer Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können – unabhängig von ihrer Rechtsform, wobei es eben keine Mehrfachförderung von gleich gelagerten Angeboten geben sollte.

Als Konsequenz wäre zu überlegen, künftig Richtlinien zur Förderung von Vereinen auszuarbeiten, um eine gewisse Nachvollziehbarkeit bei der Förderung herzustellen.

Der Gemeinderat sollte entscheiden, ob er bei der Beurteilung der Förderfähigkeit und dem Ausmaß der Förderung gewichten will. Ob er einen Sportverein und einen sozial tätigen Verein jeweils anders fördern will.

## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Kriterien für eine mehr oder weniger intensive Förderung könnten zum Beispiel sein:

- Mitgliederzahl
- Jugendarbeit
- Schwerpunktthemen (Amüsement gegen Hilfe für Andere)
- Aufgaben
- Ziele
- Anzahl der ehrenamtlich tätigen Mitglieder
- Unterstützung der Gemeinde bei eigentlich kommunalen Aufgaben

Az.: 1340

0.1

- Der Vorsitzende berichtet von dem 30jährigen Bestehen des Feringahauses und stellt erfreut fest, dass die Veranstaltung am Wochenende sehr gut besucht gewesen ist. Aus der Bevölkerung kamen insgesamt nur zustimmende Rückmeldungen.

#### Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates:

- Herr Gemeinderat Kemmelmeier teilt mit, dass die Moosstraße sehr schadhaft sei und mittlerweile größere Löcher im Belag vorhanden sind. Der Vorsitzende stellt klar, dass im Rahmen der Unterhaltsmaßnahmen in der Regel nach den Wintermonaten Sanierungsarbeiten und Auffüllungen turnusgemäß durch den Bauhof durchgeführt werden.  
Darüber hinaus erkundigt sich Herr Gemeinderat Kemmelmeier nach dem aktuellen Stand des Metzgers Schäfert und zum Thema Rolltreppen am S-Bahnhof. Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die Metzgerei nach Information von Herrn Schäfert voraussichtlich ab März 2014 ihren Betrieb in Unterführung aufnehmen wird. Derzeit werden noch kleinere Baumaßnahmen in der Metzgerei vorgenommen. Im Laufe der kommenden Woche wird im Außenbereich die Rampe im Eingangsbereich der Metzgerei errichtet.  
Bezüglich der Rolltreppen im S-Bahnhof teilt Herr Bürgermeister Schwarz mit, dass Kontakte mit der Deutschen Bahn in 2013 hergestellt wurden und aktuell noch keine offizielle Antwort bei der Gemeinde eingegangen ist. Das Gremium wird über den Fortgang auf dem Laufenden gehalten.
- Herr Gemeinderat Ebert erkundigt sich nach dem Stand des Antrages der CSU-Fraktion aus 2013 zur Errichtung von **Balkonen** an der Sudetenstraße. Herr Kapfenberger teilt kurz mit, dass eine Anfrage an die BML erfolgt ist und Herr Bittner eine erste Einschätzung abgegeben hat.



## 71. Sitzung des Gemeinderates vom 13.02.2014

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Hierzu wird ein Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung erfolgen.

- Herr Gemeinderat Zehetmair erinnert an seine Äußerung in der Gemeinderatsitzung im November 2013, ob zur Klarstellung für einen Teilbereich der Münchner Straße (zwischen Bahnhofstraße und Mitterfeldallee) ergänzende Verkehrsschilder mit 50 km/h aufgestellt werden können.  
Herr Kapfenberger erklärt dem Gremium, dass diese Anfrage aufgrund der Zuständigkeit der Münchner Straße (Staatsstraße 2053) das Staatliche Bauamt Freising angeschrieben worden sei. Bis heute liegt der Gemeinde noch keine schriftliche Rückantwort vor.  
Der Vorsitzende sichert dem Gremium zu, beim Staatlichen Bauamt Freising nachzufragen.
- Herr Gemeinderat Wieprecht bat um Auskunft bezüglich der weiteren Vorgehensweise für den Einbau von sogenanntem Flüsterasphalt in der Münchner Straße. Hier teilte Herr Kapfenberger mit, dass das Staatliche Bauamt Freising geplant hat, ab Herbst 2014 mit der Sanierung der Münchner Straße zwischen Kirchenweg und Kanalbrücke zu beginnen. Die Gemeinde Unterföhring hat bereits dem Staatlichen Bauamt Freising die zwingende Forderung für den Einbau von Flüsterasphalt vorgelegt. Eine Rückantwort zu diesem Thema wird vor der Sommerpause 2014 erwartet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 21.25 Uhr.

---

Franz Schwarz  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kapfenberger  
Schriftführer